

Ein Etappensieg mit Nachgeschmack: Laberweinting darf sich nicht mit „Papier-Wahrheiten“ abspeisen lassen



In der jüngsten Gemeinderatssitzung ist endlich etwas passiert, das viele Bürger seit Monaten einfordern: Der Gemeinderat hat das gemeindliche Einvernehmen für den Windpark der Firma Primus vorerst verweigert. Einstimmig – sogar mit dem Bürgermeister. Das ist ein starkes Signal. Und ja: In Franken-Neuhofen war die Erleichterung spürbar.

Aber wer jetzt schon feiert, feiert zu früh.

Denn die eigentliche Entscheidung ist nicht vertagt – sie ist nur verschoben. Und die entscheidende Frage lautet weiterhin: Auf welche Fakten stützt sich Laberweinting – und wer liefert diese „Fakten“? Wenn am Ende Gutachten, Visualisierungen und Bewertungen ausgerechnet von denen kommen, die an den Anlagen verdienen, dann ist das kein „geordneter Prozess“, sondern ein Risiko für die Gemeinde – politisch, rechtlich und vor allem menschlich.

Einigkeit im Rat – und trotzdem: Jetzt beginnt die kritische Phase

Dass der gesamte Gemeinderat die Notbremse gezogen hat, ist selten und bemerkenswert. Man will das Gutachten zur „Umzingelung“/„Umrahmung“ Franken-Neuhofens abwarten. Das ist vernünftig. Es zeigt: Der Druck aus der Bürgerschaft wirkt. Und es zeigt auch: Akzeptanz entsteht nicht, indem man Menschen mit fertigen Plänen konfrontiert und ihnen danach erklärt, warum sie das bitte gut finden sollen.

Windräder sind keine Heckenpflanzen. Das sind Industrieanlagen. Wer sie in unmittelbare Nähe zu Ortschaften setzt, entscheidet nicht nur über „Energie“, sondern über Sichtachsen, Landschaftsbild, Alltag, Schlaf, Immobilienwerte, Lebensgefühl – kurz: über Heimat.

Und Heimat lässt sich nicht „kompensieren“.

Das Problem mit der bestellten Wahrheit

Der faule Kern bleibt: Das Gutachten, das nun klären soll, ob Franken-Neuhofen optisch und räumlich erdrückt wird, wurde von der Firma Hermann beauftragt – also von einem Akteur aus dem Projektumfeld. Das muss man nicht „unterstellen“, um skeptisch zu sein. Das ist schlicht ein klassischer Interessenkonflikt in der Wahrnehmung:

Wer bezahlt, bestimmt zwar nicht automatisch das Ergebnis – aber er bestimmt Rahmen, Fragestellung, Methodik und Auswahl. Und genau dort wird Realität oft nicht gefälscht, sondern zurechtgebogen.

Wir sagen deshalb klar:

Ein Gutachten ist kein Orakel. Es ist ein Werkzeug. Und Werkzeuge können so eingesetzt werden, dass sie schneiden –

oder kaschieren.

Gerade beim Thema „Umzingelung“ ist das entscheidend. Denn „Umzingelung“ ist nicht nur eine Zahl und nicht nur ein Winkel. Sie ist:

- die tägliche Blickbeziehung aus dem Ort heraus,
- die Dominanz am Horizont,
- das Gefühl, von Anlagen „umzingelt“ zu sein, egal wohin man sich dreht,
- die Frage, ob man noch Landschaft hat – oder eine Kulisse aus Rotoren.

Wer glaubt, man könne dieses Erleben mit ein paar Rechenparametern wegdefinieren, hat entweder noch nie dort gestanden – oder will nicht hinhören.

Wort halten oder Verantwortung übernehmen?

Wir wissen: Unser Bürgermeister legt Wert auf Zusagen und Verlässlichkeit. Das ist grundsätzlich ehrenwert. Aber in der Politik gibt es eine Grenze zwischen Verlässlichkeit und Starrsinn. „Ich habe dem Bauträger mein Wort gegeben“ darf niemals zur Ausrede werden, wenn neue Informationen, neue Betroffenheiten oder neue Dimensionen sichtbar werden. Denn ein Bürgermeister hat vor allem gegenüber den Menschen, die hier wohnen. Gegenüber Familien, älteren Bürgern, Grundstückseigentümern, Vereinen – gegenüber denen, die diese Gemeinde tragen, finanzieren und gestalten eine große Verantwortung. Die Bewohner haben ihn als Vertreter gewählt und diesem Amt muss er nachkommen. Seit den ersten Zusagen hat sich die Debatte verschoben. Betroffenheit ist konkreter geworden. Fragen sind konkreter geworden. Und die Unsicherheit ist größer geworden.

Ein guter Politiker erkennt:

Größe zeigt sich nicht darin, niemals zu korrigieren. Größe zeigt sich darin, rechtzeitig zu korrigieren.

Energiewende ja – Freifahrtschein nein

Wir sagen es deutlich, damit es nicht wieder verdreht wird:

Wir sind nicht „gegen Fortschritt“. Wir sind gegen einen Stil der Planung, der die Lebensrealität vor Ort kleinredet und Widerstand als Störung behandelt. Die Energiewende ist ein Ziel. Aber sie ist kein Blankoscheck dafür, Ortschaften optisch zu dominieren, und Sorgen abzutun, und Entscheidungen auf Gutachten zu stützen, deren Unabhängigkeit schon im Ansatz angreifbar wirkt.

Wer echte Akzeptanz will, muss sich Kritik stellen – nicht aussitzen.

Unser Forderung an den Gemeinderat Laberweinting: Unabhängigkeit statt Gefälligkeit

1) Kritische Distanz – nicht nur formale Prüfung

Lesen Sie das Gutachten nicht wie eine Pflichtübung, sondern wie eine Risikoanalyse. Fragen Sie:

- Welche Annahmen wurden gewählt – und welche Alternativen wurden weggelassen?
- Welche Sichtpunkte wurden definiert – und warum genau diese?
- Gibt es Visualisierungen, die den realen Eindruck für Bürger nachvollziehbar zeigen (bei unterschiedlichen Wetterlagen, Jahreszeiten, Blickrichtungen)?
- Wie werden kumulative Effekte bewertet (mehrere Anlagen, mehrere Betreiber, Gesamtsituation statt Einzelfall)?
- Wie wird der Werteverlust von Immobilien im Einwirkungsbereich geprüft und belegt (Vergleichsfälle, Marktanalysen,

Distanzzonen, Transparenz der Datengrundlage) – und wer trägt das Risiko bzw. welche Ausgleichs-/Entschädigungsmechanismen sind vorgesehen?

Und vor allem: Wenn Zweifel bleiben, beauftragen Sie zusätzlich eine wirklich unabhängige Begutachtung. Eine Zweitmeinung ist in der Medizin Standard – warum nicht, wenn es um den Lebensraum einer ganzen Ortschaft geht?

2) Bürgerwohl vor Rendite

Die Maßstäbe müssen klar sein:

Wenn die Bewertung am Ende lautet „wirtschaftlich sinnvoll“, aber die Bewohner zahlen mit Lebensqualität – dann ist das kein Gewinn, sondern eine Verlagerung von Kosten auf die Schwächeren. Die Interessen der Anwohner in Franken-Neuhofen müssen mehr Gewicht haben als die Renditeerwartung von Investoren.

3) Mut zur Neubewertung – auch wenn es unbequem ist

Wenn sich zeigt, dass Franken-Neuhofen real „umzingelt“ wird, dann darf es nicht heißen: „Schade, aber jetzt ist es halt so.“ Dann muss es heißen:

- Standorte prüfen,
- Abstände neu bewerten,
- Gesamtplanung anpassen,
- notfalls auch: ein klares Nein.

Politik ist nicht dazu da, Projekte „durchzuziehen“. Politik ist dazu da, Schaden abzuwenden.

Wir bleiben dran – und wir werden genauer hinschauen

Dieser Aufschub ist ein Etappensieg. Mehr nicht. Die nächsten

Wochen sind entscheidend: Nicht die Lautstärke, sondern die Sorgfalt entscheidet jetzt darüber, ob Laberweinting später erklären muss, warum man Warnsignale ignoriert hat.

Wir als Bürgerinitiative werden den Prozess weiterhin intensiv begleiten – mit offenen Augen, klaren Fragen und der Erwartung, dass die Gemeinde endlich nicht nur verwaltet, sondern schützt.

Bleiben Sie wachsam.

Wir sind es auch.

**Windkraft mit der Brechstange
– Wie der Planungsverband
Donau-Wald Demokratie,
Bürgerrechte und gesunden
Menschenverstand ignoriert**



Die Energiewende braucht Akzeptanz – und keine Planungswillkür im Hinterzimmer. Doch genau diese scheint der **Regionale Planungsverband Donau-Wald** mit erschreckender Offenheit zu praktizieren. Unter dem Deckmantel angeblicher Zeitnot wird hier nicht nur planungsrechtlich übergriffig agiert – sondern offensichtlich **bewusst gegen geltende Maßstäbe, Anwohnerinteressen und eigene Zielvorgaben verstoßen**. Der Fall **Franken-Neuhofen** ist ein beispielloses Dokument politischen Versagens – oder politischer Absicht.

Informiert, gewarnt – und bewusst ignoriert

Am **10. Juli 2025** wurde dem gesamten Planungsverband die dramatische Situation in Franken-Neuhofen detailliert dargelegt: Eine **regelrechte Umzingelung durch Windkraftprojekte**, wie sie in Bayern ihresgleichen sucht. Die

Gemeinde steht bereits heute unter massiver Vorbelastung – ökologisch, gesundheitlich, sozial.

Doch das Gremium reagierte nicht mit Verantwortung, sondern mit Ignoranz. Ein **Änderungsantrag** der Mitglieder **Mangold und Gold**, der die völlig überzogene Flächenausweisung zumindest korrigieren wollte, wurde **lapidar abgebügelt** – mit gerade einmal zwei Stimmen Zustimmung. Demokratische Teilhabe? Zweitrangig.

Die offizielle Ausrede: „Wir sind zu spät dran“

Die Begründung für das planungswidrige Durchregieren ist ebenso durchschaubar wie entlarvend: Laut **Laumer, Seissler und Lichtinger** sei man „schon so spät dran“, dass nun möglichst schnell möglichst viele Flächen ausgewiesen werden müssten.

Doch was daraus folgt, ist ein regelrechter **Wortbruch am Gesetz**: Anstatt sich an das bis **31.12.2026 geltende Ziel von 1,1 % Windvorrangfläche** zu halten – wie es das neue Wind-an-Land-Gesetz vorsieht – setzt der Verband **gleich auf 1,8 %**, also die Quote, die **erst ab 2032** verbindlich wird.

Was ist das für ein Verständnis von gesetzlicher Planung? Hier wird nicht geplant, hier wird **gezockt mit Bürgern, Eigentum und Lebensqualität**.

Pikant: Die Flächen sind längst mit einem Investor „besprochen“

Besonders brisant: Laut Hr. **Seissler** ist die Fläche bei Franken-Neuhofen bereits **mit dem Investor Hermann besprochen worden**. Diese Aussage ist ein offenes Eingeständnis dessen, was viele Bürger lange vermutet haben: **Die Entscheidungen werden längst hinter verschlossenen Türen getroffen – noch bevor überhaupt Planverfahren abgeschlossen sind.**

Was bedeutet das im Klartext?

Dass der Planungsverband offenbar **keine unabhängige, gemeinwohlorientierte Entscheidung treffen kann**, weil man sich **durch inoffizielle Investorengespräche politisch erpressbar gemacht hat**. Demokratie adé – willkommen im Klüngelclub.

Willkür beim Planungsziel: Wenn etwas nicht passt, wird es einfach gestrichen

Der Tiefpunkt ist jedoch die systematische **Manipulation der Planungsziele**. Hr. Schmauß, beauftragt mit der Erarbeitung der Windvorrangflächen, hat in seinem aktuellen Entwurf **die Vermeidung von Überlastungen vollständig gestrichen** – obwohl genau dieses Ziel in früheren Entwürfen noch zentral war.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: **Ein Gebiet wie Franken-Neuhofen – objektiv völlig überlastet – würde mit einer solchen Vorgabe automatisch aus der Planung fallen**. Also wird die Vorgabe einfach getilgt.

Dass am Ende **Ronny Reith** mit viel Einsatz wenigstens einen „Appell zur Prüfung von Überlastung“ in die Präambel retten konnte, ist ein schwacher Trost. Ein Appell ersetzt **keine rechtlich bindende Schutzklausel**.

Was hier passiert, ist institutioneller Kontrollverlust

Die Geschehnisse im Planungsverband Donau-Wald zeigen in aller Deutlichkeit, wie leicht sich demokratische Strukturen in der Raumplanung unterwandern lassen, wenn Kontrolle, Transparenz und Rückgrat fehlen:

- **Rechtsstaatliche Fristen** werden instrumentalisiert, um

überzogene Maßnahmen durchzudrücken.

- **Investoreneinfluss** wird nicht nur geduldet, sondern in der Planung berücksichtigt.
- **Bürgerinteressen und Gemeindehinweise** werden ignoriert oder bewusst ausgehebelt.
- **Planungsziele** werden verändert, um unliebsame Tatsachen zu umgehen.

Das ist **kein Planungsversagen** – das ist **ein Planungsskandal**.

Forderung: Sofortige Überprüfung durch übergeordnete Stellen

Es ist höchste Zeit, dass hier nicht länger auf lokaler Ebene gemauschelt wird. Was in Donau-Wald geschieht, muss **sofort durch unabhängige Stellen überprüft werden** – sei es durch das **Bayerische Innenministerium, die Raumordnungsbehörde oder parlamentarische Kontrollinstanzen**.

Denn wenn Planungsverbände zu Erfüllungsgehilfen von Investoren verkommen, hat das mit demokratischer Energiewende nichts mehr zu tun. Dann bleibt von Bürgerbeteiligung nur noch ein Feigenblatt.